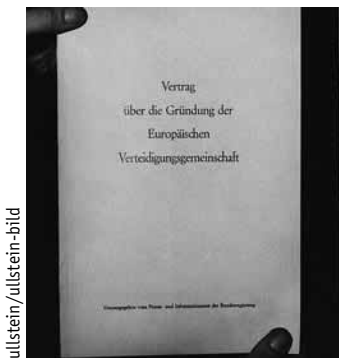


C • Die Außenpolitik der Europäischen Union

Materialien C 1–C 10

C 1 Die Europäische Union: Stationen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik



ullstein/ullstein-bild

Das Projekt der *Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG)* in den 1950er-Jahren.



picture-alliance/dpa



1993: Mit dem Vertrag von Maastricht gibt sich die EU eine *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik*.



picture-alliance/dpa

1999: Der Krieg auf dem Balkan zwingt unzählige Menschen zur Flucht.



picture-alliance/dpa

Javier Solana ist Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (*GASP*) der EU.



picture-alliance/dpa

2003: Differenzen zwischen den USA und dem »alten Europa« über den Irak-Krieg.



picture-alliance/dpa

Die Staats- und Regierungschefs der EU vor der Osterweiterung im Jahr 2003.

C 2 Der Weg zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Ein früher Versuch, eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik auf den Weg zu bringen, stellte das Projekt der *Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG)* zu Beginn der 1950er-Jahre dar. Der politische Hintergrund war zum einen die Furcht westeuropäischer Staaten vor der sowjetischen Bedrohung, die insbesondere auch durch den nordkoreanischen Angriff auf Südkorea im Juni 1950 genährt wurde. Daneben existierten vor allem bei den Franzosen große Vorbehalte gegenüber einer von den Amerikanern geforderten Schaffung einer westdeutschen Armee. Dieses frühe Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft scheiterte jedoch an der Ablehnung durch die französische Nationalversammlung im August 1954. In der Folgezeit waren die Bemühungen um eine Integration der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik von diesem frühen Misserfolg geprägt.

Eine markante Zäsur für die weitere Ausgestaltung der *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)* bildeten der Kosovo-Konflikt und insbesondere die dabei durchgeführten NATO-Luftoperationen im Frühjahr 1999. Diese hatten beträchtliche Defizite in den Fähigkeiten der europäischen NATO-Mitglieder offengelegt. Deshalb wirkte die Kosovo-Krise wie ein »Katalysator« für eine gemeinsame europäische Haltung in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. So wurde bereits im Juni 1999 von den Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat von Köln erklärt,

dass die EU künftig ihre Rolle auf der internationalen Bühne uneingeschränkt wahrnehmen wolle. Zur künftigen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung müsse die Europäische Union die Fähigkeit zu autonomem Handeln, gestützt auf glaubwürdige militärische Fähigkeiten, erhalten. Damit war auch eine *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)* im Rahmen der *GASP* auf den Weg gebracht worden. Einen weiteren Schritt zur außen- und sicherheitspolitischen Integration der EU stellte die Wahl von Javier Solana im Oktober 1999 zum Hohen Repräsentanten für die *GASP* dar.

Der Konflikt um den Irak-Krieg im Jahr 2003 stellte eine Belastungsprobe für die *GASP* dar, denn die Mitgliedstaaten der EU sowie die osteuropäischen Beitrittskandidaten waren in dieser Frage gespalten: Während etwa Frankreich, Deutschland und Belgien gegen den Krieg waren, unterstützten Großbritannien, Spanien und Polen die von den USA geführte »Koalition der Willigen«. Als Folge dieser Erfahrung der europäischen Uneinigkeit im Hinblick auf den Irak-Krieg wurde der Hohe Repräsentant für die *GASP*, Javier Solana, im Mai 2003 beauftragt, eine *Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)* zu erstellen. Diese wurde am 12. Dezember 2003 vom Europäischen Rat in Brüssel verabschiedet. Der übergeordnete Zweck dieser neuen Strategie besteht darin, die Auffassungen der bald 27 Mitgliedstaaten der EU in vitalen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zu bündeln.



ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 1–C 2

► Sammelt die Fakten und Hintergründe zu den Fotos in C 1 und zu dem Text in C 2. Erstellt daraus eine Präsentation,

die zeigt, welche Stationen zu der *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)* der EU geführt haben.

C3 Die Europäische Sicherheitsstrategie



picture-alliance/dpa

Am 11. März 2004 fordern Bombenanschläge in Madrid 190 Tote und mehr als 1.400 Verletzte.



picture-alliance/dpa

Am 7. Juli 2005 erschüttert eine Serie von Terror-attacken das Verkehrsnetz in London.

Auszüge aus der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS):

Nie zuvor ist Europa so wohlhabend, so sicher und so frei gewesen. Die Gewalt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist einer in der europäischen Geschichte beispiellosen Periode des Friedens und der Stabilität gewichen. Die Schaffung der Europäischen Union steht im Mittelpunkt dieser Entwicklung. Sie hat die Beziehungen zwischen unseren Ländern und das Leben unserer Bürger verändert. Die europäischen Staaten haben sich verpflichtet, Streitigkeiten auf friedlichem Wege beizulegen und in gemeinsamen Institutionen zusammenzuarbeiten. Im Laufe der Zeit haben sich Rechtsstaatlichkeit und Demokratie mehr und mehr durchgesetzt. Größere Angriffe gegen Mitgliedstaaten sind nunmehr unwahrscheinlich geworden. Dafür ist Europa mit neuen Bedrohungen konfrontiert, die verschiedenartiger, weniger sichtbar und weniger vorhersehbar sind.

Terrorismus: Terrorismus gefährdet Menschenleben, verursacht hohe Kosten, sucht die Offenheit und Toleranz unserer Gesellschaften zu untergraben und stellt eine zunehmende strategische Bedrohung für Gesamteuropa dar.

Die **Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW)** stellt die potenziell größte Bedrohung für unsere Sicherheit dar. Die internationalen Verträge und Ausfuhrkontrollregelungen haben die Verbreitung von MVW und ihrer Trägersysteme verlangsamt. Nun jedoch stehen wir am Anfang eines neuen und gefährlichen Zeitabschnitts, in dem es möglicherweise – insbesondere im Nahen Osten – zu einem MVW-Wettrüsten kommt.

Regionale Konflikte: Probleme, wie sie sich in Kaschmir, in der Region der Großen Seen und auf der koreanischen Halbinsel stellen, haben ebenso direkte und indirekte Auswirkungen auf europäische Interessen wie nähergelegene Konfliktherde, vor allem im Nahen Osten.

Scheitern von Staaten: Schlechte Staatsführung, d.h. Korruption, Machtmissbrauch, schwache Institutionen und mangelnde Rechenschaftspflicht, sowie zivile Konflikte zersetzen Staaten von innen heraus.

Organisierte Kriminalität: Europa ist ein primäres Ziel für organisierte Kriminalität. Der grenzüberschreitende Handel mit Drogen, Frauen, illegalen Einwanderern und Waffen macht einen wichtigen Teil der Machenschaften krimineller Banden aus, und bisweilen bestehen Verbindungen zu terroristischen Bewegungen.

Wir leben in einer Welt mit neuen Gefahren, aber auch mit neuen Chancen. Die Europäische Union besitzt das Potenzial, einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Bedrohungen wie auch zur Nutzung der Chancen zu leisten. Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union könnte Einfluss im Weltmaßstab ausüben. Damit würde sie zu einem wirksamen multilateralen System beitragen, das zu einer Welt führt, die gerechter, sicherer und stärker geeint ist.

Aus: Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel 2003 (<http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>).

C 4 Einschätzungen zur EU-Sicherheitsstrategie

Das Auswärtige Amt zur ESS

Die Bundesregierung hat sich frühzeitig für die Erarbeitung einer europäischen Sicherheitsstrategie eingesetzt. Die vom Europäischen Rat in Brüssel am 12. Dezember 2003 angenommene *Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)* bedeutet für die Europäische Union einen außen- und sicherheitspolitischen Quantensprung. Die EU zieht mit der *ESS* die strategischen Konsequenzen aus dem doppelten Paradigmenwechsel, der für die Sicherheit der Union nach dem 9. November 1989 und dem 11. September 2001 bestimmend geworden ist. Die *ESS* ist ein Meilenstein zur strategischen Bestimmung der Rolle und der Aufgaben der EU in einem dramatisch veränderten sicherheitspolitischen Umfeld und unter den Bedingungen der Globalisierung: Die EU hat den Anspruch, mit einer Stimme zu sprechen, wenn es gilt, den Herausforderungen und Risiken unserer Zeit zu begegnen. Die *ESS* leistet damit einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Kohärenz der *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)* der EU.

www.auswaertiges-amt.de.

Erich Reiter, Beauftragter für Strategische Studien des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik in Wien

Die EU-Sicherheitsstrategie leitet insofern einen Paradigmenwechsel ein, als sich die EU als ein globaler Akteur versteht, der auch einen Teil der Verantwortung für die globale Sicherheit tragen und Beitrag dazu leisten soll, der seinem Potenzial entspricht. Wesentlich ist die Erkenntnis, dass ein erstarktes Europa gemeinsam mit den USA viel für die globale Sicherheit leisten könnte. Dieser Aspekt wird mit dem Wunsch nach einer multipolareren normengestützten Weltordnung und einer Stärkung der UNO ergänzt. In dieser einfachen Konzeption hebt sich der Widerspruch hinsichtlich der Weltordnungspolitik auf, wie er im Verlauf und in der Folge des Irak-Krieges unter den europäischen Ländern zum Ausdruck kam. Wenn Europa ein eigener starker Akteur sein will, und dies in Kooperation mit den USA, so ist eine multipolare Weltordnungsvorstellung keineswegs amerikafeindlich. Es ist ja eine altbekannte Tatsache, dass das europäisch-amerikanische Verhältnis davon abhängt, wie stark die Europäer selbst sind. An ihnen liegt es also, dieses Verhältnis im Sinne der Erhöhung des eigenen Stellenwertes zu bestimmen.

Erich Reiter: Die Sicherheitsstrategie der EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3–4/2004, S. 29.

UNIPOLARE UND MULTIPOLARE WELTORDNUNG

Definition

Eine unipolare Weltordnung zeichnet sich dadurch aus, dass die politische, wirtschaftliche und militärische Macht eines Landes auf die internationalen Beziehungen eine prägende Kraft ausübt. Aufgrund der einzigartigen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Stärke der USA werden diese

derzeit von vielen politischen Beobachtern als Zentrum der unipolaren Weltordnung erachtet. In einer multipolaren Weltordnung bestehen dagegen mehrere machtpolitische Zentren. Die EU, Japan, Russland und China werden als mögliche Kandidaten für solche weiteren Pole erachtet.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C3–C4

- ▶ Legt die Hauptbedrohungen dar, die in der *ESS* für Europa angeführt werden (C3).
- ▶ Beschreibt die außenpolitische Rolle, die sich die EU in der *ESS* zuschreibt. Benennt zentrale Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der US-amerikanischen *National Security Strategy (NSS)* (vgl. A11–A14) und der *Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS)*.
- ▶ Erläutert anhand der Texte in C4, was das Auswärtige Amt mit dem »doppelten Paradigmenwechsel« meint. Worin besteht der neue Anspruch der EU?
- ▶ Erich Reiter schreibt der *ESS* die Einleitung eines Paradigmenwechsels zu. Legt dar, wodurch sich dieser auszeichnet. Inwiefern kann die *ESS* zu einer multipolareren Weltordnung und zur Stärkung der UNO beitragen?

C 5 Der Konflikt um das Atomprogramm des Iran



Mahmud Ahmadinedschad, der Präsident des Iran.

Iran gehört zu den Unterzeichnern des Atomwaffensperrvertrages (»Nonproliferationsvertrag«). Dieser Vertrag verpflichtet jedes Mitglied, das nicht Kernwaffenstaat ist, auf die Entwicklung und den Besitz von Atomwaffen zu verzich-

ten. Die Überwachung der Einhaltung dieses Vertrages obliegt der *Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO)*. Jedes Mitglied des Vertrages muss mit der *IAEO* zusammenarbeiten, indem es der *IAEO* ermöglicht wird, die Nuklearaktivitäten eines Landes im Hinblick auf die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages zu kontrollieren.

Im Jahre 2003 musste Iran zugeben, dass er ein geheimes Nuklearprogramm verfolgt hat. Hierzu zählt der Bau einer Urananreicherungsanlage, in der spaltbares Material zur Produktion von Atomwaffen hergestellt werden kann. Iran kooperiert bislang nicht ausreichend mit der *IAEO*, sodass diese nicht in der Lage ist festzustellen, ob die iranischen Nuklearaktivitäten ausschließlich friedlicher Natur sind. Die *IAEO* hat allerdings bisher auch keine klaren Hinweise, die das Gegenteil belegen. Aufgrund der großen sicherheitspolitischen Bedeutung dieses Konflikts um das iranische Atomprogramm für die EU bemühen sich Deutschland, Großbritannien und Frankreich (»EU-Drei«) zusammen mit dem Hohen Repräsentanten für die *GASP*, Javier Solana, Iran zu einer angemessenen Kooperation mit der *IAEO* zu bewegen.

C 6 Der deutsche Außenminister zum Konflikt mit dem Iran

Die Wochenzeitung »Die ZEIT« interviewte am 23. März 2006 den deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier über das Atomprogramm des Iran:

ZEIT: Was ist für Sie die größte konkrete Bedrohung, die vom Iran ausgeht?

Steinmeier: Die Bedrohung könnte darin liegen, dass sich der Verdacht bestätigt, den Mohammed el-Baradei, der Direktor der *Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO)* in Wien, im Jahre 2003 geäußert hat: dass tatsächlich erfolgreiche Forschungsaktivitäten an einem nationalen Atomprogramm stattgefunden haben, das nicht nur zum Ziel hat, zivil zu nutzende Kernkraft zu entwickeln. Das wäre eine doppelte Bedrohung: Einerseits, weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass solche Waffen irgendwo auf der Welt einmal zum Einsatz kommen, andererseits, weil ein weiterer Kernwaffenstaat im Mittleren Osten Ehrgeiz bei anderen hervorrufen würde. Dies hätte wiederum Folgen: Erstens eine weitere Destabilisierung in einem Raum, für den wir eigentlich eine gegenteilige Entwicklung bräuchten, und zweitens ein Trend gegen das Nichtverbreitungsregime im Proliferationsvertrag, der ausgesprochen unwillkommen wäre.

ZEIT: Sollten die Amerikaner mit dem Iran direkt reden, nicht nur über den Irak, sondern auch über das eigentliche Thema?

Steinmeier: Wenn es Gesprächsgegenstände gibt, über die die Amerikaner mit den Iranern bereit sind zu reden, wäre es nicht leicht nachvollziehbar, einen Gesprächsgegenstand auszulassen, der in den letzten Jahren ganz ohne Zweifel

größere Besorgnisse in der Weltgemeinschaft hinterlassen hat. Mein britischer Kollege Jack Straw sieht das nicht anders.

ZEIT: Ist der Iran nicht wegen seiner wirtschaftlichen Schwäche auf Kooperation angewiesen?

Steinmeier: Zweierlei beeindruckt den Iran: Das eine ist, dass es – auch durch die Arbeit der EU-Drei – in einer vom Iran vielleicht nicht erwarteten Weise gelungen ist, die internationale Staatengemeinschaft gegenüber dem nuklearen Ehrgeiz, wie er dort an den Tag gelegt wird, beieinander zu halten. Das andere ist unser europäischer Verhandlungsansatz, der darauf abzielte, dass der Iran letztlich auch aus wirtschaftlichen Überlegungen zu dem Ergebnis kommt, in geregelte Kommunikationsformen mit der Nachbarschaft und dem Rest der Staatenwelt einzutreten.

ZEIT: Hat der Westen denn weniger Angst als der Iran vor wirtschaftlichen Auseinandersetzungen?

Steinmeier: Wenn man den Eindruck hat, dass der Iran auf wirtschaftliche Kooperation mit dem Westen dringend angewiesen ist, und wenn wir den Iran zu einem bestimmten Verhalten bewegen wollen, dann darf man sich nicht vorschnell jeglicher Möglichkeiten entledigen. Ob das am Ende wirtschaftliche Sanktionen über den UN-Sicherheitsrat werden, kann ich nicht voraussehen. Dafür müsste man Prognosen machen, wie sich etwa China und Russland dazu verhalten. Noch sind wir nicht an diesem Punkt.

Die ZEIT vom 23. März 2006.

C7

Interview mit dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad

Im Mai 2006 führte das Magazin »Der SPIEGEL« ein Interview mit dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. In dem Gespräch hatte Ahmadinedschad erst den Holocaust geleugnet und dann dem Staat Israel seine Existenzberechtigung abgesprochen. Zum Anspruch Teherans auf Nuklearenergie sagte er:

SPIEGEL: Herr Präsident, die entscheidende Frage lautet doch: Wie gefährlich wird die Welt, wenn noch mehr Länder zu Atommächten aufsteigen – wenn ein Land wie Iran, dessen Präsident Drohungen ausstößt, in einer krisenreichen Region die Bombe baut?

Ahmadinedschad: Wir sind grundsätzlich dagegen, dass die Arsenale mit Atomwaffen noch ausgebaut werden. Wir haben deshalb vorgeschlagen, dass eine unparteiische Organisation gegründet wird und die Atommächte entwaffnet. Wir benötigen keine Waffen, wir sind ein zivilisiertes und kulturreiches Volk, unsere Geschichte zeigt, dass wir niemals irgendein Land angegriffen haben.

SPIEGEL: Iran braucht gar nicht die Bombe, die es bauen will?

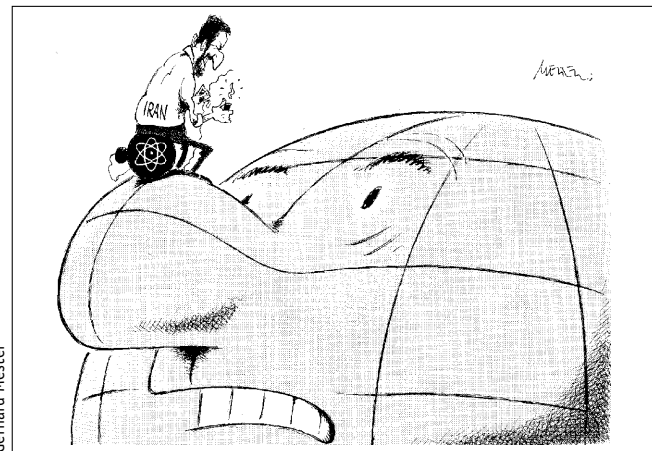
Ahmadinedschad: Es ist doch interessant, dass europäische Länder dem diktatorischen Schah-Regime damals Nukleartechnologie gewähren wollten. Dieses Regime war gefährlich, dennoch waren sie bereit, ihm die Atomtechnologie zu liefern. Aber seitdem es die Islamische Republik gibt, sind diese Mächte dagegen. Ich betone noch mal, wir benötigen keine Atomwaffen. Weil wir ehrlich sind und gesetzestreu handeln, stehen wir auch zu dem, was wir sagen. Wir sind keine Betrüger. Wir wollen nur unser legitimes Recht geltend machen. Außerdem habe ich niemanden bedroht – auch dies gehört zur Propagandamaschine, die gegen mich bei Ihnen läuft.

SPIEGEL: Wäre es dann nicht notwendig, darauf hinzuwirken, dass niemand Angst davor haben muss, Sie könnten nukleare Waffen produzieren, die Sie möglicherweise

gegen Israel einsetzen und so eventuell einen Weltkrieg auslösen könnten? Sie sitzen auf einem Pulverfass, Herr Präsident.

Ahmadinedschad: Erlauben Sie mir, zwei Dinge zu sagen. Kein Volk der Region hat Angst vor uns. Und niemand soll den Völkern Angst machen. Wir glauben, wenn die USA und diese zwei bis drei europäischen Länder sich nicht einmischen würden, dann würden die Völker dieser Region friedlich zusammenleben, so wie in den tausenden Jahren zuvor. Auch Saddam Hussein wurde 1980 von Ländern in Europa und von Amerika angestiftet, gegen uns Krieg zu führen. In Bezug auf Palästina ist unser Standpunkt ganz klar. Wir sagen: Erlauben Sie, dass die Besitzer dieses Landes ihre Meinung äußern. Lassen Sie doch Juden, Christen und Muslime ihre Meinung sagen. Die Gegner dieses Vorschlags ziehen den Krieg vor und bedrohen die Region. Warum sind die USA und diese zwei bis drei europäischen Länder dagegen? Ich glaube, diejenigen, die Holocaust-Forscher einsperren, sind für Krieg und gegen Frieden. Unser Standpunkt ist demokratisch und friedlich.

Der SPIEGEL vom 31. Mai 2006.



Gerhard Mester

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C5–C7

- ▶ Recherchiert im Internet zum Atomprogramm des Iran.
- ▶ Warum stellt nach Auffassung von Außenminister Steinmeier das iranische Atomprogramm eine Bedrohung für die Europäische Union dar? Erkläre, auf welche Weise die »EU-Drei« den Iran zur Aufgabe seines Atomprogramms bewegen wollen.
- ▶ Auf welche Weise präsentiert sich der iranische Präsident in dem Interview in C7? Inwieweit wird aus dem Interview deutlich, wie schwierig es für die Vermittler ist, mit Iran zu verhandeln? Welche Argumente schiebt der Präsident vor?
- ▶ Verfolgt in der Klasse die weitere Entwicklung im Atomstreit mit dem Iran. Eine zweite Gruppe könnte sich auch mit dem aktuellen Konflikt um das Atomprogramm von Nordkorea befassen.
- ▶ Wie spitzt der Karikaturist den Konflikt mit dem Iran zu? Welche Problematik stellt er dabei in den Mittelpunkt seiner Zeichnung?

C 8 Die Demokratische Republik Kongo



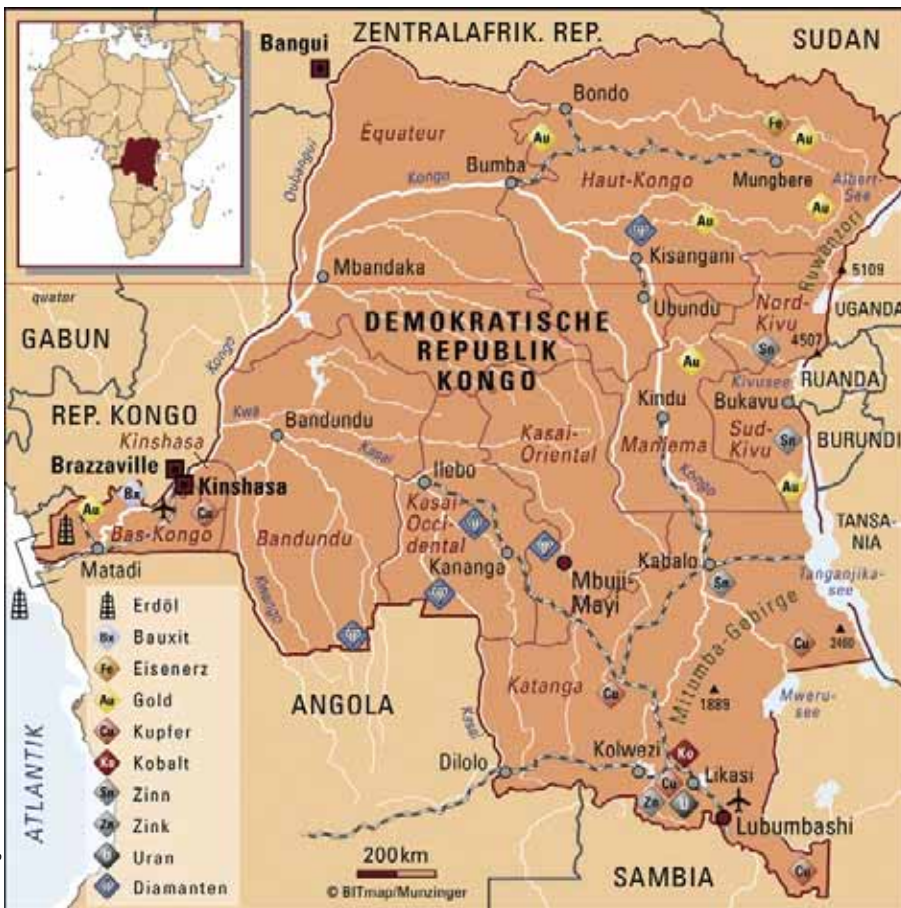
picture-alliance/dpa

Flüchtlingskinder in einem Waisenhaus im bürgerkriegsgeschüttelten Kongo.



picture-alliance/obs

Deutsche Soldaten sichern die ersten freien Wahlen im Kongo.



Munzinger-Archiv GmbH

Die Demokratische Republik Kongo: Geografische Lage und Rohstoffvorkommen.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 8

- ▶ Recherchiert zur Geschichte und zur aktuellen politischen Situation in der Demokratischen Republik Kongo und erstellt dazu eine Präsentation.
- ▶ Warum war das Land immer schon im Fokus unterschiedlicher Mächte?

C 9 Die Europäische Union entsendet Truppen in die DR Kongo

Der Kongo hat eine bewegte Geschichte: 1960 wurde die Kolonie von Belgien unabhängig. Doch kam das Land damit nicht zur Ruhe: Ein Bürgerkrieg erschütterte den Kongo, an dem auch westliche Staaten beteiligt waren. Der erste Ministerpräsident des Kongo, Patrice Lumumba, wurde unter bislang nicht geklärten Umständen 1961 ermordet. Von 1965 regierte Joseph Mobutu, der durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war, bis zu seinem Sturz 1997 mit einer grausamen Diktatur. Nach dem Sturz Mobutus ergriff der Vater des heute amtierenden Präsidenten Joseph Kabila, Laurent Kabila, die Macht. 1998 begann ein weiterer Bürgerkrieg, an dem auch die Nachbarstaaten des Kongo, insbesondere Ruanda und Uganda, beteiligt waren. Seit 2002 kam es durch südafrikanische Vermittlung zum Abzug ausländischer Truppen aus dem Land. Der Bürgerkrieg forderte nach UN-Schätzungen etwa 2,5 Millionen Menschenleben.

Im Dezember 2005 wurde per Referendum eine neue Verfassung angenommen. Die Präsidenten- und Parlamentswahl wurde für den 30. Juli 2006 anberaumt. Um sicherzustellen, dass diese Wahlen die Beschreibung »frei und fair« tatsächlich verdienen, sind etwa 2.000 internationale Wahlbeobach-

ter aus der ganzen Welt entsandt worden, insbesondere auch aus Afrika. Um den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen abzusichern, hatten die Vereinten Nationen im Dezember 2005 die EU gebeten, die im Kongo stationierte UN-Peacekeeping-Mission *MONUC* mit europäischen militärischen Kräften für den Zeitraum der Wahlen zu unterstützen. Mit Resolution 1671 vom 25. April 2006 erteilte der UN-Sicherheitsrat der geplanten EU-Operation im Kongo einstimmig ein Mandat. Die auch auf ausdrückliche Einladung der kongolesischen Regierung entsandte EU-Truppe *EUFOR RD Congo* hatte vor allem das politische Ziel, die Wahlverlierer davon zu überzeugen, dass eine Nichtakzeptanz des Wählerwillens von der internationalen Gemeinschaft nicht geduldet werden würde. Der Rat der EU hatte am 27. April 2006 den Rahmen für einen Militäreinsatz der EU verabschiedet und den deutschen Generalleutnant Karlheinz Viereck zum Befehlshaber der EU-Operation *EUFOR RD Congo* ernannt. Die Entsendung der EU-Streitkräfte in die DR Kongo mit Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen stellt einen bedeutsamen Einsatz im Rahmen der *GASP* dar, der im Einklang mit der *Europäischen Sicherheitsstrategie* steht.

C 10 Freie Wahlen als Chance für die Demokratische Republik Kongo

Eine historische Chance für Frieden, Stabilität und Entwicklung in der Region der Großen Seen in Afrika nannte Louis Michel, EU-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe, vor dem UN-Sicherheitsrat das Wahljahr 2006 in der DR Kongo. 25 Millionen kongolesische Wähler wurden ... in einem Staatsgebiet von der Größe Westeuropas registriert. Im Dezember 2005 nahmen sie mit 80 Prozent Ja-Stimmen und einer Beteiligung von 60 Prozent die neue Verfassung des Kongo an und bekundeten so ihren politischen Willen zur Demokratie. ... Der Wahlkampf wird zeigen, ob die Parteien, die sich aus den ehemaligen Rebellenarmeen mit ihrem Hunger nach militärischer und wirtschaftlicher Macht gebildet haben, zu politisch agierenden, zivilen Repräsentanten einer geeinten Staatsmacht geworden sind. Und ob sie der allorts wieder zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft und den gefährlichen Tendenzen zu rassistischer, ethnisch motivierter Gewalt entgegenwirken können. ...

Nach den Wahlen werden die konstituierende Sitzung des Parlaments und der Amtsantritt des gewählten Präsidenten stattfinden. Damit endet offiziell der von den UN überwachte

Übergang des Kongo in einen demokratischen Staat. Der blutige neunjährige Konflikt in dem Land gehört dann hoffentlich endgültig der Vergangenheit an. Die Menschen im Kongo hoffen auf einen friedlichen Machtwechsel und auf eine Regierungsbildung ohne Gewaltakte und ohne erneute regionale und ethnische Konflikte. Sie haben die höchsten Erwartungen an einen nachhaltigen, über die Wahl hinausgehenden Demokratisierungsprozess, der den Aufbau eines funktionsfähigen Staates vorantreibt, in dem demokratische Institutionen gewaltfreie Verfahren zur Konfliktlösung verwirklichen können. Sie wollen ein starkes Parlament, das die Regierung bei Machtmissbrauch und Korruption zur Verantwortung ziehen kann, unterstützt von einer unabhängigen Justiz, einer freien Presse und einer vitalen Zivilgesellschaft. Es ist eine Vision eines kongolesischen Staates, in dem Armutsbekämpfung, gerechte Verteilung der Ressourcen und das gleiche Recht aller auf den Zugang zu Bildung, Gesundheit, Gerechtigkeit, Verwaltung und Kultur wahr werden.

ai-Journal vom 1. April 2006 (Andrea J. Riethmüller).

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C9–C10

► Weshalb schickt die Europäische Union Militär in die Demokratische Republik Kongo? Welche Institutionen haben um den Militäreinsatz der Europäischen Union gebeten?
 ► Was erhoffen sich die Menschen im Kongo von den Wahlen?

► Recherchiert, wie sich das Land in Zentralafrika nach den Wahlen im Sommer 2006 entwickelt hat. Fasst Eure Ergebnisse zusammen.